

Online-Tageszeitung für Baden-Baden und Umgebung.

Neueste Nachrichten, Interviews etc. für Baden-Baden und Umgebung.

Mehr Geld für landesweit 70 Gedenkstätten

Bea Böhlen will Gedenkstätte in Baden-Baden – „Eines der bekanntesten Bilder der Massenverhaftungen jüdischer Bürger nach Novemberpogromen 1938 stammt aus Baden-Baden“



Bundesarchiv, Bild 183-86686-0008 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5431739>

Baden-Baden, 24.11.2017, Bericht: Die Grünen Die Landtagsfraktionen haben sich in Stuttgart darauf verständigt, mehr Geld für die Arbeit der landesweit 70 Gedenkstätten auszugeben. Darauf einigten sich die Fraktionen von Grüne, CDU, SPD und FDP am Mittwoch bei den Beratungen im Finanzausschuss.

«Es freut uns außerordentlich, dass wir eine höhere Förderung vereinbaren konnten», teilt Bea Böhlen mit. «Damit stellen wir Grüne unsere Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft unter Beweis und unterstützen die vorbildliche ehrenamtliche Arbeit der Helferinnen und Helfer.»

Besonders profitieren von den bereitgestellten Mitteln die Gedenkstätten Grafeneck in Gomadingen, das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm und der Lernort Kislau. In den

nächsten beiden Jahren erhalten sie für ihren Betrieb vom Land jeweils 140.000 Euro. Mehr als 600.000 Euro gehen außerdem an andere einzelne Einrichtungen, Gedenkstätten und -Verbände. Damit steigt der Etat für Gedenkstätten-Projekte in den nächsten beiden Haushaltsjahren 2018, 1,03 Millionen Euro und 2019, 941.000 Euro, im Vergleich zum laufenden Jahr, 2017: 832 000 Euro, um insgesamt 308.000 Euro.

«In diesen politisch unruhigen Zeiten sind Gedenkstätten wichtiger denn je. Sie erinnern uns daran, unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte nicht für selbstverständlich zu halten. Sie mahnen uns, sie gegen Extreme mit aller Kraft zu verteidigen». Heute sei mehr politische Bildung nötig, um das Demokratieverständnis wieder zu stärken.

«In diesem Zusammenhang ist es mehr als angebracht, auch in Baden-Baden über die Errichtung einer Gedenkstätte über das Schicksal der jüdischen Bürgerinnen und Bürger nachzudenken», so Bea Böhlen. Denn eines der bekanntesten Bilder der Massenverhaftungen jüdischer Bürger nach den Novemberpogromen 1938 stamme aus Baden-Baden, siehe Anhang, und ist beispielsweise auf Wikipedia und in vielen Geschichtsbüchern zu finden. «Die Stadt Baden-Baden sollte durch die Errichtung einer Gedenkstätte zur einer aktiven Erinnerungskultur, Mahnung und Aufklärung der eigenen Stadtgeschichte beitragen», fordert Böhlen. Ferner sei auch der Zeitpunkt gekommen, am dem der Name Hindenburgplatz endlich gelöscht werden sollte. Böhlen ruft daher den Gemeinderat der Stadt Baden-Baden auf, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen.

[Zurück zur Startseite und zu den weiteren aktuellen Meldungen.](#)

Copyright © textBüro Baden-Baden